DIE LUPE

DIE LINKE. Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg

dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Dezember 2017

DIE LUPE *http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/*

Helfen statt reden – DIE LINKE ist für Sie da! Ein Jahr in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg

Nach erfolgreichem Wahlkampf 2016 sind wir zu fünft in die BVV Tempelhof-Schöneberg eingezogen – erstmals als Fraktion. Auf Landesebene wurde zur selben Zeit ein neuer Senat unter Beteiligung der LINKEN gebildet. Zwei gute Voraussetzungen für unsere Arbeit in Tempelhof-Schöneberg: Denn umso wirkungsvoller können wir uns nun für die Interessen der Bürger_innen, also für Ihre Interessen einsetzen:

Wir setzen uns für die Mieter_innen im Bezirk ein

DIE LINKE hat maßgeblich dazu beigetragen, dass eine bezirkliche Mieterberatung an den Standorten Schöneberg, Mariendorf und Lichtenrade eingerichtet wird. Wir haben dafür gesorgt, dass davon nicht nur Mieter_innen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften profitieren, sondern alle Mieter_innen, die eine solche Beratung benötigen.

Wir haben Mieter_innen in Nord-Schöneberg unterstützt, als die GEWOBAG Anfang 2017 frech die Mieten deutlich heraufsetzte. Die GEWOBAG wollte die Kooperationsvereinbarung des Senats mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften umgehen, die solche Erhöhungen künftig nicht mehr zulässt. Gemeinsam mit den Mieter_innen und unserer Senatorin Lompscher haben wir politischen Druck aufgebaut: zum Glück erfolgreich. Die Mieterhöhung musste zurückgenommen werden.

Als die Wohnungsspekulanten von der BUWOG die Mieter_innen der Tempelhofer Gontermannsiedlung mit horrenden Mieterhöhungsverlangen im Zusammenhang mit der Umlegung von Sanierungskosten bedrohten, ließen die Mieter_innen sich das nicht gefallen.
DIE LINKE hat sie in ihrem Protest unterstützt. Immerhin konnte erreicht werden, dass das Bezirksamt mit der BUWOG über weniger starke Mietsteigerungen verhandelt und die Siedlung auf Denkmalschutz überprüft wird.

Des Weiteren treiben wir die Ausweitung von sozialen Erhaltungsgebieten voran und suchen mit Mieter_innen nach Wegen, wie dieses Instrument noch wirksamer in ihrem Sinne angewandt werden kann, etwa in der Gleditschstraße.

Wir fordern vom Bezirksamt, dass es seine Einflussmöglichkeiten in vollem Umfang zu Gunsten der Mieter_innen ausschöpft. Wir sprechen uns gegen die Privatisierung öffentlicher Flächen und Gebäude aus. Aktuell fordern wir in einem Antrag die Rücknahme des BVV-Beschlusses aus 2015, das ehemalige Straßenbahndepot in der Belziger Straße zu veräußern.
Wir setzen uns dafür ein, dass das Gebiet in einem transparenten Verfahren gemeinsam mit den Bürger_innen vor Ort entwickelt wird.

Bauen um jeden Preis ist nicht unsere Devise. Neubau ist wichtig, aber wir fragen auch: Bauen für wen? Günstige und mittelpreisige Wohnungen fehlen am Markt. Verdichtung ist nicht alles, auch in einer wachsenden Stadt nicht, und schon gar nicht mit privaten Interessen vermischt. Mikroklimatische Bedingungen, Kleingärtner_innen, Grünflächenansprüche müssen auch mit bedacht werden, zum Beispiel beim Projekt NEUE MITTE Tempelhof.

Fortsetzung auf Seite 5

FRIEDENSINITIATIVE SCHÖNEBERG

Die Friedensinitiative Schöneberg ruft erneut zu ihrer jährlichen Gedenkveranstaltung zum Montag, den **15. Januar 2018 um 16 Uhr in die Cranachstraße 58** , in Berlin-Friedenau, nahe dem Dürerplatz auf.

Sozialberatung
mit RA Claus Föster,
Di. 12.12. 10 bis 12 Uhr
in der Roten Insel

Sprechstunde mit MdA **Harald Gindra**
Montag 29.01.2017,
15 - 17 Uhr, in der
Roten Insel, Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Siehe auch S. 4

Mieterberatung
Je 2. und 4. Di. im Monat
14 - 16 Uhr im Kiezbüro

Sprechstunde mit MdA **Philipp Bertram**
Montag 05.02.2018,
15-17 Uhr, in der
Roten Insel, Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Siehe auch S. 4

Sozial-Rechtsberatung im Stadtbüro:
Kaiserin-Augusta-Str. 75, 12103 Berlin, Je. 2. und 4. Do., 15-17 Uhr, um Anmeldung wird gebeten. Siehe S. 4

Rathaus öffnen
Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.
Einwohnerfragen zur BVV:
Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.
Näheres: www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html
Bürgerbegehren und Bürgerbescheid:
Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist.
Näheres:
www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html
Eingaben und Beschwerden:
Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.
Näheres:
www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php
Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen:
Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.
Näheres:
www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebaungsplaene.html
BVV-Sondermittel:
„Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art".
Näheres:
www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html

Die BVV am 18. Oktober und 1. November 2017

BVV-Nachrichten Oktober (zwei Sitzungen)

Bebauung auf Dreifaltigkeitsfriedhof in Mariendorf könnte in Zukunft möglich sein
Mit einer Mündlichen Anfrage von BV Rutsch ging DIE LINKE Hinweisen von Anwohner_innen nach, die eine Bebauung des o. g. Friedhofs in Mariendorf befürchten. Nach der Antwort von Stadtrat Oltmann (Grüne) gibt es eine fortgeschrittene Abstimmung mit dem ev. Friedhofsverband und einem potentiellen Käufer, der an einer baulichen Entwicklung interessiert ist. Noch in diesem Jahr soll im zuständigen Ausschuss das Bebauungskonzept für bislang unbebaute Flächen vorgestellt werden. Eine vollständige Schließung des Friedhofs ist vom ev. Friedhofsverband bis 2021 beabsichtigt. Eine Nachnutzung dann ab 2051. Die Anwohner_innen wünschen sich eher einen Park, was DIE LINKE unterstützt.

Begegnungszone Maaßenstraße
Erneut stand dieses Thema mit einem Antrag (Drs. 432) von SPD/Grüne und einem Änderungsantrag der CDU auf der Tagesordnung. Sehr rührig ist hier auch die FDP, für die der Autoverkehr Priorität zu haben scheint, welcher durch die Umgestaltung eingeschränkt wurde. Laut dem SPD/Grünen-Antrag sollen nun „planerische Anpassungen" vorgenommen werden. Die negativen Effekte der Begegnungszone sollen nach einem Anwohner_innen-Forum und der Zustimmung des zuständigen Ausschusses ausgeräumt werden. DIE LINKE hat sich bei beiden Anträgen enthalten, denn aus den geplanten Ausgaben von 700.000 Euro sind inzwischen mehr als 1,2 Mio. Euro geworden, und das Ende ist noch nicht erreicht. DIE LINKE hatte 2014 einen Ersetzungsantrag zum Bau der Begegnungszone eingebracht, dessen Konzept kostengünstiger und anwohnerfreundlicher gewesen wäre, dafür gab es jedoch keine Mehrheit.

CDU fordert hartes Durchgreifen bei Vandalismus
Vandalismus findet niemand gut, dass er jedoch im Bezirk ein erhebliches Problem darstellt, konnten SPD, Grüne und DIE LINKE nicht feststellen. Die CDU fordert in ihrem Antrag (Drs. 439) bei „Beschädigung öffentlichen Eigentums grundsätzlich Strafanzeige zu erstatten, Schadensersatzansprüche geltend zu machen und durchzusetzen". Das ist jedoch schon gängige Praxis, die CDU betreibt lediglich eine populistische Scharfmacherei. DIE LINKE setzt bei solchen Delikten vor allem auf Prävention ab Kindergarten und Schule und auf Arbeit statt Strafe. Hier sind Erziehung und Einsicht gefragt, denn Strafe alleine bewirkt bei den meisten dieser Täter_innen gar nichts. DIE LINKE hat in ihrem Redebeitrag nachgefragt, warum die CDU ihre Forderungen nach konsequenter Bestrafung nicht auch für Wirtschaftsverbrecher_innen und Steuerhinterzieher_innen erhebt, denn diese gibt es mit Sicherheit auch in Tempelhof-Schöneberg.

Elisabeth Wissel

Die BVV am 15. November 2017

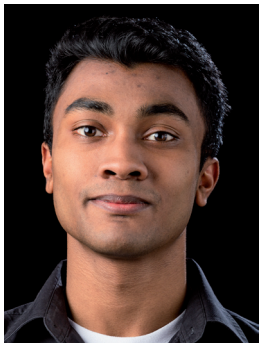
Die Zukunft des Standortes Drugstore und Potse liegt weiter im Ungewissen
Hierzu gab es eine Große Anfrage (Drs. 444) der SPD, die nach einem „Ersatzstandort Potse / Drugstore" fragte. Ende des Jahres läuft der Mietvertrag des Jugendzentrums aus und es gibt noch keine konkreten Pläne, wie der Fortbestand zu sichern ist. Die Zeit drängt und auch die Jugendlichen wollen endlich Gewissheit haben, ob ihr Standort in der Potsdamer Straße 180 erhalten bleibt. Die Miete ist für weitere zwei Jahre im Haushaltsplan eingestellt, jedoch haben sich SPD und Grüne von Anfang an für eine Option auf Neubau oder Miete im Schöneberger Norden verständigt, ohne Drugstore und Potse einzubeziehen. Die Bülowstraße 90 wird nun als favorisiertes Objekt (mitten im Wohngebiet) gehandelt, die Jugendlichen können bei der Begehung dabei sein. Es wäre aber nicht das erste Objekt, das bzgl. Jugendeinrichtung scheitern würde. Der zuständige Stadtrat hätte seit Jahren schon die Initiative ergreifen müssen, den jetzigen Standort auch mit Hilfe des Senats zu retten. Für DIE LINKE kann es nur eine Lösung geben, mit der die Jugendlichen auch einverstanden sind.

Leerstand und verwahrloste Immobilien im Bezirk
DIE LINKE stellte eine Mündliche Anfrage zu Häusern in der Büsingstraße / Fröaufstraße in Friedenau, in denen die Häuser z.T. leer stehen und verwahrlosen. Der Vermieter, S. Santosh, hat auch in anderen Bezirken Immobilien, mit denen er ebenso gleichgültig gegenüber den Mieter_innen, vielleicht eine Spekulations-Strategie verfolgend, umgeht. Stadtrat Oltmann (Grüne) berichtete, dass zu drei Wohnungen in dem Haus Verfahren anhängig seien.
Auch laufe noch ein Widerspruchsverfahren bzgl. einer „Rückführungsanordnung", das jedoch noch nicht abgeschlossen sei. Die Bauaufsicht sei vor Ort gewesen, um die Verwahrlosungen zu begutachten, und „beobachte den Zustand vorsorglich". DIE LINKE erwartet jedoch ein früheres Eingreifen des Bezirksamtes, denn Mieter_innen, die ein Recht auf unversehrten Wohnraum haben,

Fortsetzung auf Seite 3

Helfen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!

Carolin Behrenwald
Ausschüsse für: Eingabe und Beschwerden; Schule; Integration (Ausschussvorsitz); Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik (Stellv. Ausschussvorsitz).
carolin.behrenwald@linksfraktion-ts.de



Martin Rutsch
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Ausschüsse für: Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten; Straßen, Verkehr, Grün und Umwelt; Jugendhilfeausschuss.
martin.rutsch@linksfraktion-ts.de

Christine Scherzinger
Ausschüsse für: Stadtentwicklung; Wirtschaft.
christine.scherzinger@linksfraktion-ts.de

Katharina Marg
Ausschüsse für: Rechnungsprüfung; Gesundheit; Sport.
katharina.marg@linksfraktion-ts.de
(nachgerückt Liste Pz. 7)

Elisabeth Wissel
Fraktionsvorsitzende
Ausschüsse für: Bibliotheken, Bildung und Kultur; Soziales, Senioren und demografischer Wandel; Hauptausschuss; Facillity Management; Ältestenrat.

Telefon: 01577 34 62 721
elisabeth.wissel@linksfraktion-ts.de

Liebe Tempelhof-Schöneberger_innen,
am 18. September 2016 wurde DIE LINKE. mit 8,7 % erstmals in Fraktionsstärke in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg gewählt. DIE LINKE. ist nun mit 5 Verordneten in der BVV vertreten. Unser Plus von 5 Prozentpunkten hat gezeigt, dass immer mehr Menschen in unserem Bezirk eine soziale Alternative zu den anderen Parteien wollen. Wir nehmen das als Verantwortung. „Helfen statt reden" - das war unser Motto im Wahlkampf. Und das ist unser Anspruch auch nach der Wahl. Wir möchten gerne Ihre eigenen Anliegen hören und mit Ihnen diese politisch umsetzen. Hierzu bieten wir j**eden Mittwoch von 15-17 Uhr im Rathaus Schöneberg (Raum 2115)** eine Sprechstunde an, zu der wir Sie herzlich einladen. Eine Anmeldung vorab ist nicht notwendig. Ferner können Sie uns auch per Mail unter **kontakt@linksfraktion-ts.de** erreichen. Wir freuen uns auf Sie!

Büro und Erreichbarkeit
im **Rathaus Schöneberg**:
Raum 2115
Tel: 30 90 277 48 98
(Neu: 30 26 59 34 86)
E-Mail: *kontakt@linksfraktion-ts.de*
Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Die BVV am 15. November 2017 *Fortsetzung von Seite 2*

müssen besser geschützt werden und nicht erst, wenn alle Maßnahmen sich nicht mehr lohnen und evtl. gar ein Abriss droht. Hierzu gibt es einen Leitfaden „Einsatz von Rechtsinstrumenten beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien", den das Bezirksamt anwenden könnte. Die Kostenrisiken überwiegen aber, so Oltmann, um bauliche Ersatzvornahmen durchzuführen. Erfreulich könnte sein, wenn der rot/rot/grüne Senat mit diesem „Leitfaden" die Verantwortung für mögliche Risiken trägt (geplant ab April 2018) und alle Möglichkeiten zum Schutz der betroffenen Mieter_innen konsequent angegangen werden können.

Radverkehrsfreigabe am Priesterweg dauert an
Mit einer Einwohnerfrage hat ein Bürger auf die Unzumutbarkeit für den Radverkehr auf der Strecke zwischen Südkreuz und dem oberen Ende der Rampe am Priesterweg hingewiesen und nach dem Zeitpunkt der Freigabe gefragt. Die zuständige Stadträtin Heiß (Grüne) konnte jedoch auch kein konkretes Datum benennen, da dieser Bereich nicht allein in ihrer Zuständigkeit liegt. Der Senat entscheidet beim Baluscheck-Park mit. Eine Ertüchtigung und ein Umbau seien vorgesehen, da die Sicherheit bei nur einer Rampe mit gleichzeitiger Fußgängernutzung nicht gegeben sei. Der Bezirk fordere getrennte Rampen. Eine Umleitung wurde bisher nicht angeboten. DIE LINKE findet: Zumindest dieses hätte der Bezirk leisten können.

Elisabeth Wissel

www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp

Fraktionssitzung:
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.
Fraktionssitzungstermine
Montag 11.12.2017 um 19 Uhr, Vorbereitung der BVV im Raum 2115 im Rathaus Schöneberg.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Die nächste öffentliche BVV-Sitzung der neue Legislaturperiode findet am 13.12.2017 um 17 Uhr, im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Im Abgeordnetenhaus

Harald Gindra MdA, wirtschafts- und entwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.
gindra@linksfraktion.berlin

Kiezbüro: Hildburghauser Str. 29, 12279 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. u. Do. 10-16 Uhr
Tel: +49 30 40 74 89 79
buero@harald-gindra.de
Sprechstunde:
Do.7.12.2017, 16 -18 Uhr, mit Absprache.
Mieterberatung: Je 2. u. 4. Di. im Monat 14 -16 Uhr im Kiezbüro

Philipp Bertram MdA, sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus
bertram@linksfraktion.berlin

Stadtbüro: Kaiserin-Augusta-Str. 75, 12103 Berlin
buero@philipp-bertram.de
Öffnungszeiten:
Mo.-Do. 10 -16 Uhr
Sprechstunde:
Je 4. Mo. 15-17 Uhr
Sozial-Rechtsberatung:
Je. 2. und 4. Do. 15-17 Uhr im Stadtbüro
Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
Tel. +49 30 23 25 25 47

Unruhe um Bürgerbüros der Abgeordneten

Quelle: Tempelhofer-Journal 6/15.11.2017, S.28

Presseveröffentlichungen hatten den Eindruck vermittelt, dass ein großer Teil der Abgeordneten nicht ordnungsgemäß mit den Zuschüssen für die Büros umgehen. Auffällig dabei, dass gehäuft Abgeordnete der 2016 neu ins Abgeordnetenhaus gewählten Fraktionen, FDP und AfD, fragwürdig mit Steuergeldern umgehen. Sehr bemerkenswert bei der AfD: Sie hat schon im ersten Parlamentsjahr bewiesen, dass sie die „Altparteien“ gerne ins korrupte Abseits stellt, aber scheinbar schamlos zugreift, wenn sie eine Chance dafür sieht!
Ich finde, die Transparenzpflicht (verpflichtete Angabe zu Ort, Öffnungszeiten, Sprechstunden) und damit Überprüfbarkeit durch die Wähler_innen wären ausreichend, um Abgeordneten auf die Finger zu sehen, statt personalintensive Einzel-Abrechnungen einzuführen (derzeit gibt es eine Pauschale von 1.000,- € für Miete, Nebenkosten, Versicherungen, Internet, Serviceverträge.. – in Innenstadtbereichen zu knapp).
Die gewählten Abgeordneten von DIE LINKE verstecken jedenfalls ihre Büros nicht, haben Öffnungs- und Sprechzeiten, organisieren Beratungsleistungen. Wir freuen uns über Besuch von Tempelhof-Schöneberger_innen in unseren Büros und bewerben diese sogar mit kostenpflichtigen Anzeigen.

Harald Gindra, MdA

Das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden

Soeben erschien das Buch „In Solidarität mit Migrant*innen auf See – 3 Jahre Alarm Phone“. Es gibt Einblicke in dieses selbstorganisierte Callcenter, das seit Oktober 2014 daran arbeitet, dem Sterben im Mittelmeer Einhalt zu gebieten. Freiwillige in europäischen und nordafrikanischen Ländern stellen mit unbezahlten 8-Stunden-Schichten sicher, dass die Alarmphone-Notrufnummer rund um die Uhr erreichbar ist. Sie nehmen Anrufe entgegen von Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten, oder die in Sorge sind um ihre Angehörigen auf See.
Bei einem Notruf kümmern sich die Alarmphone-AktivistInnen darum, dass die zuständigen Küstenwachen eine Such- und Rettungsmission starten. Dabei kooperiert das Alarmphone mit den Rettungsinitiativen anderer NGOs wie Sea-Watch oder Iuventa, die Rettungsboote betreiben, und mit dem Aufklärungsflugzeug Moonbird. Sie dokumentieren und veröffentlichen, was auf dem Mittelmeer geschieht, wie die Rettung oft verzögert oder verweigert wird, und wie versucht wird, Menschen an der Überquerung des Mittelmeers zu hindern. Zu diesem Zweck werden zunehmend auch militärische Mittel eingesetzt. Dabei wird regelmäßig gegen die Menschenrechte verstoßen und das Grundrecht auf Asyl missachtet.

Beim Alarmphone arbeiten Engagierte mit und ohne Migrationshintergrund zusammen. Mehr als 1.840 Notrufe hat das Alarmphone in den drei Jahren seines Bestehens entgegen genommen. Die AktivistInnen haben viele Tausend Menschen vor dem Ertrinken gerettet. Jedoch mussten sie viel zu oft auch hautnah miterleben, wie Flüchtende ertrunken sind. Das Alarmphone skandalisiert eine europäische Politik, die mit ihrer Flüchtlingsabwehr für das Sterben auf dem Mittelmeer verantwortlich ist.
In dem Buch wird über die Arbeit des Alarmphone berichtet, und über die Situation auf den Hauptrouten über das Mittelmeer. Interviews mit AktivistInnen, die teilweise selbst geflüchtet sind, zeigen aus unterschiedlichen Perspektiven die Herausforderungen dieser Form von Solidaritätsarbeit. Ergänzend werden weitere Projekte vorgestellt, zum Beispiel die Vorbereitung von Rettungsinitiativen in der Wüste, und die Unterstützung der verzweifelten Suche von Angehörigen derer, die auf dem Weg über das Mittelmeer verschwunden sind.

Die Forderung „Ferries statt Frontex“ verdeutlicht, dass das Sterben im Mittelmeer sofort beendet werden könnte, wenn sichere Reisewege mit Fähren zugelassen würden. Menschen fliehen sowieso, sie haben oft keine andere Wahl, und Grenzen werden sie nicht aufhalten. Im abschließenden Beitrag „In welcher Gesellschaft wollen wir leben“ plädiert Hagen Kopp, einer der Initiatoren des AlarmPhone, für eine Politik der offenen Grenzen. Er zitiert aus einer Stellungnahme der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM): „Ja, es würden Hunderttausende kommen. Ihre Ankunft wäre für manche beunruhigend, aber sie wäre für niemand bedrohlich. Sie wäre das Konjunkturprogramm, das Europa so dringend braucht, und die Rücküberweisungen wären die wichtigste Aufbauhilfe für Afrika. ... Fürchtet Euch nicht vor den Migrant*innen! Fürchtet Euch vor der Unmenschlichkeit!“
In Solidarität mit Migrant*innen auf See – 3 Jahre Alarm Phone, Oktober 2017, 152 Seiten.
Download: https://alarmphone.org/de/campaigns/in-solidaritaet-mit-migrantinnen-auf-see-3-jahre-alarm-phone/

Elisabeth Voß

Helfen statt reden – DIE LINKE ist für Sie da!
Ein Jahr in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg *Fortsetzung aus Seite 1*

Wir setzen uns für starke Nachbarschaften ein
Das Quartiersbüro W 40 (Waldsassener Straße) wird finanziell weiter unterstützt, um Anwohner_innen einen Raum für Beratung und Aktivitäten zu bieten. Dafür hatte sich DIE LINKE stark gemacht. Ebenso haben wir uns mit einem Antrag für den Erhalt des Nachbarschaftszentrums Lichtenrade eingesetzt, wo es jetzt eine gütliche Einigung mit dem Bezirksamt gibt.

Wir setzen uns auch für die Fortführung des Quartiersmanagements im Schöneberger Norden ein. Der Quartiersrat sieht hier noch weiteren Handlungsbedarf, den wir als Fraktion mit einem Antrag unterstützen. In einem hoch spekulativen Wohnungsmarkt und vor dem Hintergrund anhaltender Verdrängung von Bewohner_innen ist es wichtig, Nachbarschaften zu stärken.

Potse und Drugstore müssen bleiben!
Die seit über 40 Jahren bestehenden autonomen Jugendeinrichtungen Drugstore und Potse begleiten wir schon viele Jahre, um eine Lösung für den Verbleib der Einrichtungen zu finden.
So haben wir mit Initiativen darauf gedrängt, dass Haushaltsmittel für eine Weiterzahlung der Miete für die nächsten zwei Jahre bereitgestellt werden, bis eine Lösung im Sinne der Jugendlichen gefunden ist.

Unsere Fraktion setzt sich für eine umweltfreundliche und soziale Verkehrspolitik im Bezirk ein
Dazu müssen die Interessen aller Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt werden. Vorrang haben jedoch gemeinschaftlich genutzte (ÖPNV) und emissionsfreie Fortbewegungsarten (Fuß und Rad).
Wir unterstützen den Einwohner_innenantrag für einen durchgehenden und geschützten Fahrradweg auf dem Tempelhofer Damm.
Wir haben für eine Tempo-30 Zone am Breslauer Platz gesorgt! Die Kinder aus der Flüchtlingsunterkunft Rathaus Friedenau nutzen den Br?eslauer Platz gerade bei schönem Wetter zum Spielen. Damit die Eltern ihre Kinder dort guten Gewissens spielen lassen können, haben wir dafür gesorgt, dass hier die Gefahren durch den Straßenverkehr entschärft werden.

Nicht Stigmatisierung, sondern aktiver Umgang mit dem Straßenstrich rund um die Kurfürstenstraße
Uns ist wichtig, dass sich im Umgang mit den sozialen Problemen in Nord-Schöneberg nicht neoliberale Law-and-Order Politik durchsetzt, sondern stattdessen ein Umgang mit dem Straßenstrich auf der Kurfürstenstraße gesucht wird, durch den Sexarbeiter_innen nicht weiter stigmatisiert und Mieter_innen nicht weiter verdrängt werden.

Wir machen historische Verantwortung sichtbar
Seit Jahren setzen sich Initiativen stadtweit dafür ein. Auf unsere Initiative hin, hat nun die BVV das Bezirksamt aufgefordert, anknüpfend an die Arbeit des Jungendmuseums, sich mit dem kolonialen Erbe im Bezirk und deren Auswirkungen zu beschäftigen. Gemeinsam mit Akteur_innen soll ein Konzept erarbeitet werden, wie koloniale Spuren im Stadtraum sichtbar gemacht werden können und wie damit auch in der Gegenwart umgegangen werden kann. Das gibt es bislang nur in Tempelhof-Schöneberg.

Wir konnten hier nur einen kleinen Ausschnitt aus unserer Arbeit in der BVV vorstellen.

Wenn Sie mehr wissen möchten, kommen Sie in unsere Sprechstunde. Sprechen Sie uns auch an, wenn Sie mit Ämtern im Bezirk, Ihrem Vermieter oder in Ihrer Wohnungsumgebung Probleme haben. Wir überlegen gerne mit Ihnen, wie Sie, am besten gemeinsam mit anderen Betroffenen, vorgehen können.

Die Linksfraktion in der BVV

Schaut hin, Europa ist verantwortlich für diese Toten

Am 13. November 2017 verabredeten in Bern die VertreterInnen von 13 europäischen und nordafrikanischen Ländern eine Verschärfung der Flüchtlingsabwehr. Am gleichen Tag veröffentlichte Bruno Watara eine Pressemitteilung. Er kam selbst vor vielen Jahren als Flüchtling nach Deutschland, und setzt sich für die Rechte von MigrantInnen und geflüchteten Menschen ein. Nun veröffentlichte er ein Video, das er von einem Flüchtling aus Libyen bekommen hat. Es zeigt, was alle wissen, aber niemand sehen will: Tote Menschen, die an den Strand gespült werden, ertrunken beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Allein in diesem Jahr sind im Mittelmeer bereits 3.000 Menschen auf der Flucht ertrunken.Bruno Watara: „Europa ist verantwortlich dafür, dass Menschen aus Afrika fliehen müssen: Die Hauptursachen der Migration sind Wirtschafts- und Handelsabkommen und die Kredite, die Europa für die sogenannte Entwicklung Afrikas gibt. Mit diesen Krediten werden die afrikanischen Länder in die Schuldenfalle getrieben. Die Freihandelsabkommen zerstören die afrikanische Ökonomie vollends.“ Sein dringender Appell: „Es ist schrecklich, solche Bilder zu sehen. Bitte schauen Sie trotzdem nicht weg. Denken Sie daran, wieviel schrecklicher es ist, zu ertrinken. Oder zu wissen, dass geliebte Menschen, Eltern, Geschwister, oder die eigenen Kinder ertrunken sind. Schauen Sie hin. Europa ist verantwortlich für diese Toten.“
Link zum Video: www.wirsindwuetend.blogsport.eu/2017/11/06/europas-verantwortung
Mehr über Bruno Watara: https://www.bewegungsstiftung.de/foerderung0/*bewegungsarbeiter/watara.html*

Elisabeth Voß

Mehr als 3,3 Millionen Erwerbslose. Zeit zu handeln statt zu tricksen

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. (...) Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im **November 2017** waren immernoch mehr als **3,3 Millionen Menschen** arbeitslos. Darüber hinaus tauchen **134.000** nicht erwerbstätige Personen – die korrigierte sog. **stille Reserve**[1] – in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Offizielle Arbeitslosigkeit im November 2017 **2.369.411**

Nicht gezählte Arbeitslose verbergen sich hinter:

Älter als 58 beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II [0]	163.515
Ein-Euro-Jobs (Abeitsgelegenheiten)	77.812
Förderung von Arbeitsverhältnissen [2]	6.876
Fremdförderung	266.746
Bundesprogramm soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt [3]Besch.sforderung	15.201
Berufliche Weiterbildung	163.754
Aktivierung und berufliche-Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte)	193.101
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	2.332
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	77.013
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt:	**966.351**
Tatsächliche Arbeitslosigkeit im September 2017	**3.334.762**

Quelle: BfA Monatsbericht November 2017, S. 72 [0]Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschusse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls älteren Arbeitslosen die aufgeführten auf Grund verschiedene rechtliche Regelungen (§428 SGBIII, 65 Abs. 4 SGBII, 53a, Abs. 2, SGB II u.a.) nicht als Arbeitslose zählen, älter als 58 beziehen ALG I oder ALGII. [1]IAB Kurzbericht 9/2017 Seite 10; (Stille Reserve im engeren Sinn - Prognose 2017/2017) [2]Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen... zum Juli2012(...) zur Förderun von Arbeitsverhältnisse (**FAV** verbunden. [3]Mit 05.2016 neu in Berichterstatung der unterbeschäftigungaufgenommen.

Geplante Schulbauoffensive mit negativen Folgen

Seit Jahren wird u.a. von Eltern, der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und auch von DIE LINKE gefordert, dass der Sanierungsstau und der nötig gewordene Schulneubau endlich angegangen werden. Doch wegen des u.a. vom Senat betriebenen Personalabbaus und der Verhinderung von Neuanstellungen in den Fachämtern der Bezirke kamen die dafür nötigen Maßnahmen nur schleppend bis gar nicht voran. Erschwerend für die Umsetzung ist nun die den Bundesländern vom Bund per Gesetz verordnete „Schuldenbremse", die ein Verbot der Nettokreditaufnahme ab 2020 vorsieht.

Dieser gravierende Einschnitt in die Länderhoheit hat Politiker_innen bei der geplanten Schulbauoffensive nach Wegen suchen lassen, um eine offizielle Kreditaufnahme zu umgehen. Jetzt glaubt der Senat, der bzgl. Schulsanierung und -bau unter öffentlichem Druck steht, eine Lösung gefunden zu haben. Denn die „Schuldenbremse" lässt unbegrenzte Kreditaufnahmen für staatliche Unternehmensbeteiligung zu, was ein Einfallstor für zunehmende Verschuldung bedeutet, nur dass die Schulden nicht offiziell im Haushalt auftauchen. Staatliche Unternehmensbeteiligung bedeutet ÖPP (öffentlich-private Partnerschaft) und das ist Privatisierung. Schulen und Schulgebäude sollen privatisiert werden und würden damit in vielen Fragen der öffentlichen Kontrolle entzogen, so wie es beispielsweise bereits bei der Bundesfernstraßengesellschaft und der Rente der Fall ist. Dabei ist im Berliner Haushaltsplan bereits Geld für Schulneubau und -sanierung eingestellt, der Umweg über staatliche Unternehmensbeteiligungen ist daher unnötig und nicht nachzuvollziehen.

Der Verein GIB „Gemeingut in BürgerInnenhand", dessen besonderes Augenmerk auf ÖPP-Maßnahmen liegt, sowie Aktive in der GEW haben zu diesem Thema intensiv recherchiert und herausgefunden, dass Nachteile überwiegen und scheinbar schnellere Fertigstellungen auch nicht gegeben sind. Der HOWOGE (Wohnungsbaugesellschaft mbH), die ihre Aufgabe in Vermietung und Verkauf von Häusern sieht, sollen 800 Berliner Schulgebäude und ihre Grundstücke für 25-30 Jahre überschrieben werden. Diese bzw. eine Tochtergesellschaft, die eigens gegründet wird, kann dann teure Kredite (die 3% über den anderen Krediten liegen) auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. Eine gigantische Summe von über 5,5 Mrd. Euro für Sanierung und Neubau ist für die nächsten 10 Jahre vorgesehen. Diese Zahlen, wären „hochgejubelt" worden, um die Privatisierung durchzusetzen, so GIB. Mit der Privatisierung würde es aber wahrscheinlich noch teurer, am Ende könnte eine Summe von über 34 Mrd. Euro stehen. Auch sei es planerisch und finanziell unrealistisch, 550 Mio. Euro pro Jahr zu verbauen. Für eine Mio. Euro-Ausgaben würden 1-3 Planer_innen gebraucht, das würde also 1000-2000 Planungsstellen bedeuten. Auch die HOWOGE hat diese qualifizierten Leute nicht und bekommt sie auch nicht so schnell. Besser ist es doch, realistisch zu bleiben, die Bezirke mit ausreichend Personal auszustatten, und auch höhere Gehälter zu bezahlen, damit es auch attraktiv ist im Bezirksamt zu arbeiten. Die Maßnahmen würden schneller vorankommen, wären langfristig kostengünstiger und die Bezirke hätten weiterhin die Hoheit über Schulbau und -sanierung (und nicht nur 5 Mio. Euro Budget fürs Sanieren und Bauen).

Neben den immensen Kosten, die mit der Privatisierung verbunden wären, würden den Bezirken künftig Mieten aufgedrückt, Schulessen, Schulreinigung, Hausmeister lägen nicht mehr im Verantwortungsbereich des Landes. Ebenso die Raumvergabe, die dann von Callcentern betrieben würde. Schulhofflächen könnten verringert werden, so wie in Hamburg geschehen. Und was wird aus den Sporthallen, den Vereinen wäre eine kostenfreie Nutzung dann nicht mehr möglich. Schulgelände könnte auch aus wirtschaftlichen Gründen verkauft werden, wenn wie in Hamburg mehr als 12qm Fläche pro Schüler_in gerechnet werden. Eigentlich sollte man aus der Erfahrung mit ÖPP-Projekten gelernt haben, dass sie letztlich nur Nachteile für eine Kommune bringen. DIE LINKE in Tempelhof-Schöneberg lehnt dieses Vorhaben entschieden ab.

Elisabeth Wissel

BVV-Fraktion DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg

Podiumsdiskussion zum Thema

Schulbauoffensive – aber wie?

am **Freitag, den 8. Dezember 2017 um 18 Uhr**

im Rathaus Schöneberg, Louise-Schroeder-Saal

Gedanken zur Debatte der Linken über die zukünftige Ausrichtung in der Migrations- und Asylpolitik

Die politische Auseinandersetzung mit Themen, die eine Gesellschaft bewegen, kann selbstverständlich nicht falsch sein. Also auch nicht die Diskussion über Flucht, Asyl und Einwanderung. Entscheidend hierbei sind jedoch der thematische Rahmen und die Wirkung auf die Öffentlichkeit. Nun stellt sich für die Linke zunächst die Frage, ob es überhaupt richtig ist, die von der Rechten popularisierte Diskussion über Flucht, Zuwanderung und deren Ursachen zu bedienen. Einerseits kann argumentiert werden, dass es nicht sinnvoll (oder eben sehr reaktionär) ist, sich der von der Rechten aufoktroyierten Thematik und deren Einbettung (Flüchtlingskrise, Obergrenzen, Schlepperbanden, Wirtschaftsflüchtlinge, Terrorismus, Islamisierung, usw.) anzunehmen und ihr damit zu dienen. Dadurch wird die Themensetzung ja immerhin akzeptiert, unterstützt und auch aufrechterhalten, anstatt als Linke eigene Themen zu (be)setzen und dabei die tatsächlichen Ursachen und Probleme (Kriege, Aufrüstung, Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Überwachung, Umweltzerstörung, usw.) zu benennen, offenzulegen und zu diskutieren. Andererseits wäre es m. E. unverantwortlich und unerträglich die Diskussion der Rechten zu überlassen und keine fundierten Gegenpositionen der Linken in die Öffentlichkeit zu tragen. Doch was ist die Gegenposition der Linken?

Die Grundwerte der Linken sollten in allen Fragen als Orientierung dienen und damit bei strittigen Themen richtungsweisend sein. Für mich sind dies vor allem die Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit aller Menschen (gleich an Würde und Rechten) und die internationale Solidarität. Dabei impliziert für mich Gleichheit auch Freiheit und Solidarität Frieden. Der Anspruch, keinen Menschen sich selbst zu überlassen, ist auch das Wesen des Sozialen und die gelebte Form der Solidarität. Ist es daher nicht gerade an der Linken, die sozialen Fragen immer mit dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen und der internationalen Solidarität zu beantworten? Genau hierin liegt nämlich auch der wesentliche Unterschied zur Rechten, deren Leitmotiv die Ungleichwertigkeit von Menschen und die daraus konstruierte Unterteilung und Unterscheidung in Gruppen ist. Doch jede soziale Ungleichheit ist eine (politisch) konstruierte Ungleichheit. Und auch wenn es noch so schwerfällt: Auch Kriminelle, Attentäter, Mörder und Terroristen haben als Menschen Rechte und auch Würde. Diese Universalität und Unantastbarkeit der menschlichen Würde sind das Fundament der Menschrechte, die wertvollste Errungenschaft der Moderne. Dies gilt es immer - und auch jetzt wieder - zu verteidigen.

Wenn sich nun die Linke den Politikfeldern Flucht, Asylrecht und Zuwanderung im Zusammenhang mit Terror, Islamisierung, (Un)sicherheit, Angst, Bedrohung, Kriminalität usw., also den vor allem von der Rechten platzierten Begriffen und Zusammenhängen widmet, ist das insofern richtig, als diese Themen (und deren Verbindung) nicht der Rechten überlassen werden dürfen, da falsche Analysen und verdrehte Ursache-Wirkungs-Logiken postuliert werden und ein gewünschter Konkurrenz-, ja Existenzkampf („Wir“ gegen „Die“) herbeigeführt werden soll. Umso wichtiger ist es daher für die Linke, nicht nur die Tatsachen richtig zu stellen und die wahren Ursachen und Probleme bzw. linke Argumente und Perspektiven aufzuzeigen, sondern vor allem auch die rechte Logik des Konkurrenzkampfes zwischen Menschen und Völkern (gegeneinander) mit linken Gegenpositionen wie der internationalen Solidarität (miteinander) zu durchbrechen. Wer über Flucht und Zuwanderung spricht, darf über Kapitalismus (Eigentum und Profit) und Krieg nicht schweigen!

J. Heidergott

Ich bin Andreas Palm, bin 66 Jahre alt, Rentner und wohne in Mariendorf.
Ich habe mich entschieden DIE LINKE nicht nur zu wählen, sondern auch als Mitglied die Möglichkeit zu haben aktiv mitzugestalten.
Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Gewaltfreiheit, Frieden und Empathie denen gegenüber, die unsere Hilfe brauchen: Werte, die mehr denn je verteidigt und neu erkämpft werden müssen.
Das geht nicht mit hitzigen Debatten am Küchentisch, das geht nur wenn man bereit ist sich aktiv einzubringen.
Besonders am Herzen liegt mir, das Wiedererstarken der Rechten mit ihrer menschenverachtenden Ideologie mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Warum ich zur LINKEN ging und genau da hingehöre

24. September 2017, Bundestagswahlen ... bei den Landtagswahlen vorher hatte die AFD schon recht gut abgeschnitten. Das Nazipack ist auch in anderen Ländern erstarkt. Da wollte ich es nicht nur beim Wählen belassen. Als erfahrener Alt-68er muss ich handeln. Mein Wissen, meine Fähigkeiten einbringen. Trump bringt die Welt an den Abgrund, die Umwelt geht den Bach runter. Erdoğan versucht die türkischen Migrantinnen und Migranten in eine fatale Richtung zu treiben ... Ich kannte das Programm der LINKEN einigermaßen, wusste, dass nur diese Partei einen ernstzunehmenden Ansatz hat, Deutschland aus dem Kriegsgetümmel rausreißen will ... sich um die Belange der Armen kümmert ... und in allen Fragen progressive Standpunkte vertritt, Flüchtlinge, Ehe für alle ... Ich besuchte eine Sitzung der LINKEN in der ROTEN INSEL Schöneberg. Ein bisschen hatte ich mich durch das Gelaber („das sind die alten SEDler, die Nachfolger Ulbrichts und Honnerckers“) beeinflussen lassen. Nach einer halben Stunde aber wusste ich, mit diesen Menschen hier im Raum will ich zusammenarbeiten. Sehr viel Sachverstand, kein blindes Nachbeten der Standpunkte der Parteiführung, keine Menschen, die sich produzieren müssen, Menschen, die es ernst meinen, angenehme Atmosphäre ... es hat Spaß gemacht ... ich habe viele Ideen im Kopf, die ich hier verwirklichen kann. Ich will und werde dazu beitragen, dass man sich nicht mehr schämen muss, Sozialist zu sein, sondern richtig stolz darauf sein kann. Ich bin es.

Erich Beyler

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Landesparteitag der LINKEN in Berlin

DIE LINKE schaut auf ein Jahr rot-rot-grüner Senat zurück und kann durchaus einiges vorweisen: Geflüchtete konnten aus den Notunterkünften ausziehen, die neue AV Wohnen stellt Arbeitssuchende und Sozialhilfeempfangende wesentlich besser, mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften konnte eine deutliche Begrenzung von Mieterhöhungen verabredet werden. Das kommunale Vorkaufrecht bei Immobilienverkäufen wurde gestärkt. Viel Grund zur Zufriedenheit also auf dem Landesparteitag am 25. November – aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit, denn auch strittige Fragen wurden auf dem Landesparteitag verhandelt.

Der Antrag aus Tempelhof-Schöneberg, der sich gegen die Auslagerung der Buchauswahl der Zentralen Landesbibliothek an den Buchkonzern Hugendubel wandte, wurde in den Landesausschuss überwiesen. Damit ist er zwar weiterhin im Verfahren, aber nicht mehr so stark im Lichte der (Partei-)Öffentlichkeit. Unser Antrag für den Erhalt der Jugendeinrichtungen Potse und Drugstore an ihrem derzeitigen Standort wurde durch einen Änderungsantrag des Landesvorstands dahingehend verändert, dass der Erhalt der Zentren zwar weiterhin als Ziel formuliert, in der Frage des Standortes aber keine Festlegung vorgenommen wird. Der von unseren Delegierten unterstützte Antrag des Bezirksverbands Neukölln gegen die Auslagerung des Schulneubaus in eine landeseigene GmbH fand nicht die Unterstützung der Mehrheit der Delegierten.

Positiv aus Sicht unseres Bezirksverbands: Unser Genosse Martin Rutsch wurde in den Bundesausschuss gewählt – als erster Tempelhof-Schöneberger in diesem Gremium, das vom Bundesparteitag überwiesene Anträge debattiert und abstimmt und an der Aufstellung der Kandidat_innen-Liste zur Europawahl mitwirkt. Herzlichen Glückwunsch an Martin und viel Erfolg für die Arbeit im Bundesausschuss!

Alexander King

Mieter-Aufruf: *Gentrifizierung* - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?

Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.

Helfen Sie uns dabei!

Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98
Per E-Mail an *kontakt@linksfraktion-ts.de* oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. und Do: 11 - 18 Uhr
Mo. und Fr: 11 - 15 Uhr
Tel. : +49 30 21 997-140
Fax: +49 21 729 26
E-Mail: bezirk@dielinke-tempelhof-schoeneberg.de
Webseite: www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Mitgliederversammlung
Do. 07.12.2017, 19 Uhr
Bezirksvorstand
1312.2017, 19 Uhr
Basisorganisationen(BO)
BO Schöneberg
04.01.2018, 19 Uhr
BO Tempelhof
21.12.2017, 19.30 Uhr
Arbeitskreis Kommunale Altersversorgung (AKA)
Telefonisch erfragen
KulturLeben: Anmeldung Je 3. Di. 16-18 Uhr: 19.12,
Bezirksfraktion: S. 3
Unser Abgeordneter:
Harald Gindra, MdA, S. 4
Philipp Bertram, MdA, S. 4
JobCenter-Infostand
12.12.2017 10 Uhr
Wolframstraße
Lesekreis
09.12.,2017 Uhr
Inselgespräche
09.12.2017, 14.30 Uhr

Christoph N. Fuhrer zeigte Zeichnungen, **Finissage:** Fr. 15.12.2017, 16 Uhr,
Kiezbüro Harald Gindra
MdA, Hildburghauser Str. 29, 12279 Berlin

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06
BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 2.000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Alexander King, Layout: Grace Irazoque; Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Dezember-2017-Planung: 08.11.2017, nur nach Absprache! Redaktionschlulu war 15. November 2017. **Schlussredaktion: 23.11.2017**. Planung für die Januarausgabe 2018 ist der 12.12.2017. Redaktionschluß 15.12.2017. Diese Nummer erscheint **online** voraussichtlich am 0**5.12.2017**, in **Druckversion am 06.12.2017.**